

Neues aus Niedersachsen

Newsletter aus Hannover für die Region



Liebe Freundinnen und Freunde,

der goldene Oktober läuft. Und damit es auch in unserem Bundesland gut läuft, haben wir im vergangenen Plenum erneut unsere Ideen und Positionen in den Landtag eingebracht. Zeit, euch über die vergangenen Tage und die Themen, die uns bewegen, zu informieren. Gleich ins Eingemachte ging es mit der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Olaf Lies zum Automobildialog der Bundesregierung am 09. Oktober.

Unser Fraktionsvorsitzender Sebastian Lechner machte dabei klar: Für die Zukunft unserer Automobilindustrie braucht es endlich echte Technologieoffenheit statt leerer Worthülsen – also die Nutzung von E-Mobilität, synthetischen Kraftstoffen, Hybrid- und Verbrennertechnologien gleichermaßen. Nur so sichern wir Arbeitsplätze, Wettbewerbsfähigkeit und Klimaneutralität in Niedersachsen.

Neben diesem Schwerpunkt standen im Plenum viele weitere wichtige Themen auf der Tagesordnung – von Zukunftsprojekten rund um autonomes Fahren über Natur- und Hochwasserschutz bis hin zu Herausforderungen in Bildung und Gesundheitsversorgung. Auch die EU-Entwaldungsverordnung sowie der Umgang mit dem Wolf wurden intensiv diskutiert. Ein breites Spektrum, das zeigt: Die CDU-Fraktion bringt klare Positionen ein – für ein starkes, zukunftsfähiges Niedersachsen.

Alles wichtige findet ihr wie immer auf den nachfolgenden Seiten.

Ich freue mich über euer Feedback!

Herzliche Grüße

Vorreiterrolle für Niedersachsen: Jetzt Grundlagen für „autonome Zukunftsprojekte“ legen

„Niedersachsen muss Vorreiter beim autonomen Fahren werden“

Die Automobilbranche steckt in Niedersachsen mitten in einer schweren Krise. Stellen werden abgebaut, Unternehmen verlieren das Vertrauen, Investitionen werden zurückgefahren. Allein Volkswagen hat mit der IG Metall vereinbart, bis 2030 mehr als 35.000 Stellen zu streichen – rund 4.000 davon in der technischen Entwicklung. Und das ist kein Einzelfall: Laut NiedersachsenMetall drohen in unserem Bundesland bis zu 50.000 Arbeitsplätze verloren zu gehen, wenn sich die aktuelle Entwicklung fortsetzt.

Besonders alarmierend: Während unser Antrag zur Stärkung des autonomen Fahrens bereits seit September 2024 im Landtag liegt, haben wir in dieser Zeit tatenlos zusehen müssen, wie bundesweit 50.000 Jobs in der Automobilindustrie verschwunden sind. Statt entschlossen zu handeln, liefert die rot-grüne Landesregierung nur schöne Worte, unverbindliche Absichtserklärungen und runde Tische – aber keine echten Maßnahmen.

Ministerpräsident Olaf Lies steht sinnbildlich für diesen Kurs: Als Wirtschaftsminister hat er im Bundesrat dem Verbrenner-Aus 2035 zugestimmt. Heute, da die Branche unter massivem Druck steht und Kunden wieder verstärkt auf den Verbrenner setzen, inszeniert er sich plötzlich als Befürworter von Technologieoffenheit. Doch wer erst zustimmt, jede Kritik ignoriert und dann im Angesicht der Krise um-

schwenkt, handelt nicht vorausschauend, sondern getrieben.

Unser Antrag zeigt, wie es besser geht: Wir wollen konkrete Projekte auf den Weg bringen, die Niedersachsen als Standort für Mobilität der Zukunft stärken. Dazu gehören der Ausbau von Testfeldern für autonomes Fahren, neue Forschungsinitiativen, Investitionsanreize für Unternehmen sowie eine enge Kooperation von Industrie und Wissenschaft. Autonomes Fahren darf nicht nur ein Schlagwort in Hochglanzpapieren wie dem „Zukunftspakt Mobilität 2035“ bleiben – es braucht einen klaren Fahrplan, damit Niedersachsen im Wettbewerb nicht abgehängt wird.

Wir machen deutlich: Mobilitätspolitik darf keine Verbotspolitik sein, sondern muss Innovationspolitik sein. Nur so können wir den Wandel als Chance nutzen, statt Arbeitsplätze, Know-how und Zukunftschancen zu verlieren.

Die CDU-Fraktion lehnt Stillstand und Vertröstung entschieden ab. Wir setzen uns ein für Technologieoffenheit, für Investitionen in die Zukunft und für eine Wirtschaftspolitik, die aktiv gestaltet, statt Entwicklungen passiv hinterherzulaufen. Wenn Niedersachsen heute nicht handelt, werden Unternehmen und Arbeitsplätze morgen abwandern.

Wir fordern die Landesregierung daher eindringlich auf: Hören Sie auf mit den leeren Worten und beginnen Sie endlich zu handeln – für die Arbeitsplätze, für den Industriestandort Niedersachsen und für eine Mobilität, die zukunftsfähig ist.

Erwiderung auf die Regierungserklärung durch den Fraktionsvorsitzenden Sebastian Lechner

Automobilstandort Niedersachsen: Technologieoffenheit statt Illusionen

Vor fast neun Jahren verkündete die damalige rot-grüne Landesregierung euphorisch: Volkswagen werde massiv in Elektromobilität investieren und tausende neue Arbeitsplätze schaffen. Die Realität sieht heute anders aus: Statt neuer Stellen erleben wir in Niedersachsen Arbeitsplatzabbau – tausende Arbeitsplätze sind bereits weggefallen, weitere werden folgen. Unsere Automobilindustrie steckt in der schwersten Krise seit Jahrzehnten.

Entscheidend ist dabei nicht allein eine allgemeine Kaufzurückhaltung. Während in vielen VW-Werken Schichten gestrichen werden, laufen in Wolfsburg sogar Sonder-schichten – für Verbrenner-Modelle. Denn der klassische Antrieb stabilisiert den Konzern aktuell und ermöglicht Investitionen in die E-Mobilität. Das zeigt: Die Kaufzurückhaltung betrifft vor allem die E-Modelle.

Schon damals gab es Warnungen. Betriebsratschef Osterloh setzte in den Planungsrunden durch, dass Wolfsburg weiter Verbrenner-Modelle bekommt. Und er behielt Recht. Denn: Nicht der Antrieb an sich entscheidet über Klimaneutralität, sondern der verwendete Kraftstoff. Ein E-Auto, das mit Kohlestrom geladen wird, ist klimapolitisch schlechter als ein sparsamer Diesel. Ein Verbrenner mit synthetischen Kraftstoffen kann genauso klimaneutral sein wie ein Elektroauto mit grünem Strom.

Die Realität zeigt: Erfolgreiche Märkte wie China setzen nicht nur auf E-Mobilität, sondern auch auf Hybride, synthetische Kraftstoffe und weiterhin auf effiziente Verbrenner. Deutschland hingegen hat



durch einseitige, ideologisch geprägte Regulierung seine Stärken im Verbrennerbereich geschwächt, ohne jemals echte Führungsrolle in der Elektromobilität erreicht zu haben.

Hinzu kommt eine gefährliche Abhängigkeit: Lithium, Kobalt, Nickel und Seltene Erden sind die kritischsten Punkte der Elektromobilität – viele davon kommen ausschließlich aus China. Gleichzeitig ist China unser größter Konkurrent auf dem Automarkt. Wer sich auf eine solche Abhängigkeit einlässt, schwächt unsere eigene Industrie.

Darum fordern wir: Niedersachsen und Deutschland brauchen eine technologieoffene Strategie für die Automobilindustrie. Elektromobilität kann und soll dabei eine Leitetchnologie sein – aber nicht die einzige. Entscheidend ist, dass wir auf Kraftstoffe statt auf Antriebe setzen, synthetische und Biokraftstoffe zulassen, Ladeinfrastruktur und bidirektionales Laden vorantreiben und gleichzeitig E-Mobilität mit klugen Anreizen fördern.

Das bedeutet auch: Das sogenannte Verbrenner-Aus ab 2035 ist so nicht umsetzbar. Werden die EU Neuwagen weiterhin nur als „emissionsfrei“ definiert, wird das faktisch ein Verbot für Verbrenner bleiben – selbst für solche, die mit klimaneutralen E-Fuels betrieben werden. Hier braucht es einen Kurswechsel: weg von starren Vorgaben, hin zu echter Klimaneutralität durch unterschiedliche Technologien.

Niedersachsen ist Herz der deutschen Automobilindustrie. Diese Verantwortung duldet kein Zögern. Die Landesregierung muss jetzt in Brüssel klar für Technologieoffenheit eintreten, an der Seite der Unternehmen und Beschäftigten. Nur so sichern wir Wohlstand, Arbeitsplätze und eine klimaneutrale Mobilität der Zukunft.

Der Fall Friedland mahnt: Rückführungen beschleunigen, Verfahren klar strukturieren - rot grüne Zerstrittenheit beenden

Bereits im September haben wir als CDU-Fraktion im Landtag den Fall Friedland aufgegriffen – ein Fall, der erschüttert und zentrale Fragen an das Rückführungssystem in Niedersachsen aufwirft. Der tatverdächtige Iraker hätte als sogenannter „Dublin-Fall“ längst nicht mehr hier sein dürfen.

Damals erklärten Innenministerin Daniela Behrens und Ministerpräsident Olaf Lies öffentlich, Niedersachsen habe dem Bund die Einrichtung eines Dublin-Zentrums angeboten und unterstütze das Vorhaben ausdrücklich. Die Botschaft war klar: Das Land wolle ein solches Zentrum schaffen – man warte nur auf den Bund.

Wir als CDU-Fraktion haben diese Aussagen ernst genommen. Unser Fraktionsvorsitzender Sebastian Lechner wandte sich am 16. September schriftlich an Bundesinnenminister Alexander Dobrindt und bat um Unterstützung für die Einrichtung eines Dublin- bzw. Sekundärmigrationszentrums in Niedersachsen – ein Konzept, das wir als CDU seit Jahren fordern.

Die Antwort aus Berlin kam schnell und eindeutig:

„Die Einrichtung und der Betrieb der Sekundärmigrationszentren obliegt ausschließlich den zuständigen Ländern. Einer Freigabe durch den Bund bedarf es nicht. Der Bund unterstützt die Länder bei der Einrichtung mit aller Kraft.“

Damit ist klar: Der Bund ist bereit – jetzt liegt der Ball bei der rot-grünen Landesregierung.

Wir als CDU-Fraktion fordern Innenministerin Behrens und Ministerpräsident Lies daher auf, endlich einen konkreten Fahrplan für die Einrichtung eines solchen Zentrums vorzulegen. Im September hieß es noch: „Jetzt ist der Bund gefragt.“ Der Bund hat geantwortet – und zwar positiv. Jetzt ist Niedersachsen am Zug.

Stattdessen erleben wir erneut Stillstand. Während SPD und Ministerpräsident Lies öffentlich Handlungsbereitschaft signalisieren, lehnen die Grünen Dublin-Zentren weiterhin grundsätzlich ab. Deren Fraktionsvorsitzende erklärte



zuletzt, die Auflagen für Betroffene „schossen weit übers Ziel hinaus“.

Damit stellt sich die Frage: Welche Linie gilt in dieser Landesregierung? Die von Innenministerin Behrens und dem Ministerpräsidenten – oder die der Grünen?

Wir als CDU-Fraktion sagen klar: Die Menschen in Niedersachsen erwarten einen Staat, der funktioniert. Wenn die Landesregierung trotz klarer rechtlicher Grundlage erneut nicht handelt, trägt sie Verantwortung für weiteren Vertrauensverlust.

Wir fordern: Stehen Sie zu Ihrem Wort – und handeln Sie endlich!



Grünes Licht für die Autobahnen A20, A26 und A39: Bundeskanzler Friedrich Merz hat gemeinsam mit der Bundesregierung die Finanzierung zugesichert.

Jetzt muss die rot-grüne Landesregierung endlich liefern und den Bau mit voller Kraft unterstützen.

Die Autobahnen sind entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft, für die vielen Pendlerinnen und Pendler und für die Logistik in Niedersachsen und im gesamten Norden.

Eine bessere Wirtschaftspolitik ist machbar.

Mohrmann: Ein aktives Wolfsmanagement ist überfällig – für den Schutz unserer Weidetiere, Deiche und Menschen im ländlichen Raum

Der agrarpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Marco Mohrmann, hat ein entschlossenes Wolfsmanagement in Niedersachsen gefordert: „Wir haben in Niedersachsen inzwischen über 600 Wölfe und damit eine der höchsten Wölfedichten weltweit. Die Folgen sind dramatisch: gerissene Weidetiere, verunsicherte Tierhalter und zunehmende Konflikte im ländlichen Raum. Die Landesregierung darf das nicht länger ignorieren und muss endlich handeln, statt weiter auf Zeit zu spielen“, erklärte Mohrmann am Donnerstag im Landtag.

Die CDU-Fraktion habe daher einen Antrag eingebracht, der klare Schritte für ein aktives Wolfsma-

nagement vorsieht. Dazu gehören rechtssichere Regelungen im Bundesnaturschutz- und Jagdgesetz, regional angepasste Obergrenzen sowie die Einführung mehrmonatiger Jagdzeiten und Abschusspläne.

Kritik übte Mohrmann insbesondere an Umweltministerin Miriam Staudte, die sich bei der jüngsten Agrarministerkonferenz geweigert habe, den deutschlandweit günstigen Erhaltungszustand des Wolfs anzuerkennen. „Dieses Signal aus dem Flächenland Niedersachsen gegen dringend die nötige Regulierung der Bestände ist nicht nachvollziehbar“, so Mohrmann.



„Es geht nicht um Symbolpolitik oder Parteitaktik, sondern um Verantwortung für Mensch, Tier und Natur. Dazu gehört neben einer schnellen Problemwolfentnahme auch eine grundsätzliche Regulierung“, betonte der CDU-Abgeordnete abschließend.

Hilbers: Wettbewerbsfähigkeit sichern – De-Industrialisierung entschlossen stoppen

„Niedersachsen darf nicht zuschauen, wie seine Industrie Schritt für Schritt abwandert“, mahnt Reinhold Hilbers, Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung. „Unsere Betriebe brauchen endlich wieder verlässliche Rahmenbedingungen, bezahlbare Energie und eine Verwaltung, die nicht bremst, sondern unterstützt. Wenn wir weiter zuschauen, verlieren wir nicht nur Arbeitsplätze, sondern auch Know-how und Zukunftsfähigkeit.“

Dafür brauche Niedersachsen jetzt eine klare industriepolitische Agenda. „Wir brauchen eine Standortpolitik, die Investitionen anzieht, nicht vertreibt“, so Hilbers. „Dazu gehören niedrigere Unternehmenssteuern, eine Entlastung bei Energiepreisen und ein echter Bürokratie-Stopp. Niedersachsen muss

wieder ein Land sein, in dem sich Leistung und Investition lohnen.“

Der Ausbau einer leistungsfähigen Infrastruktur müsse konsequent vorangetrieben werden, betont Hilbers: „Moderne Straßen, Schienen, Häfen und digitale Netze sind die Grundlage dafür, dass

Niedersachsen im Wettbewerb bestehen kann.“ Der CDU-Abgeordnete fordert zudem schnellere Verfahren und eine effizientere Verwaltung: „Unternehmen brauchen Entscheidungen, keine endlosen Aktenwege. Es ist absurd, dass im Energieland Nummer eins die Strompreise am höchsten sind.“



Auch beim Thema Fachkräfte sieht Hilbers Handlungsbedarf: „Arbeit

muss sich wieder lohnen – durch weniger Abgaben, flexiblere Arbeitszeiten und steuerfreie Mehrarbeit. Wer arbeitet, muss davon auch leben können.“ Hilbers abschließend:

„Wenn wir jetzt

nicht handeln, rutscht Niedersachsen wirtschaftlich ab. Wir brauchen eine Industriepolitik mit Mut und Vertrauen – nur so sichern wir Wohlstand und Arbeitsplätze.“

Dorendorf: Was wir brauchen, ist keine Fähre mit weniger Tiefgang – sondern eine Brücke mit Rückgrat

„Die Menschen an der Elbe brauchen keine neuen Gutachten oder Ausreden – sie brauchen endlich eine Entscheidung und eine Brücke, die verbindet“, erklärte der CDU-Landtagsabgeordnete Uwe Dorendorf in der heutigen Landtagsdebatte. Scharf kritisierte er die rot-grüne Landesregierung für ihre widersprüchliche Haltung zur Elbbrücke Neu Darchau. Während beim Bürgerdialog in Neuhaus im August noch eine klare Zusage für das Projekt gegeben wurde, soll die Brücke nun aus dem Landesraumordnungsprogramm gestrichen werden. „Vor laufenden Kameras versprach die Landesregierung Unterstützung – und wenige Wochen später wird dieses Wort

gebrochen. Das ist ein Schlag ins Gesicht der Menschen vor Ort“, so Dorendorf.

Der Abgeordnete warf SPD und Grünen vor, das Projekt aus parteitaktischen Gründen zu blockieren. „Die SPD sagt Ja, solange sie allein redet – aber sobald die Grünen mit am Tisch sitzen, herrscht Schweigen. So verliert man das Vertrauen der Bürger.“ Seit über 30 Jahren sei das Amt Neuhaus Teil Niedersachsens, doch noch immer müsse man mit einer unzuverlässigen Fähre leben, die allein in diesem Jahr 117 Tage ausgefallen sei. Dorendorf forderte, dass die Brücke im Landesraumordnungsprogramm



bleibt, die betroffenen Landkreise Planungshilfe erhalten und Fördermittel verbindlich gesichert werden. „Die Elbbrücke ist mehr als Beton und Stahl – sie steht für gleichwertige Lebensverhältnisse, für Zusammenhalt und politisches Rückgrat“, betonte Dorendorf. „Wer Verlässlichkeit verspricht, muss sie auch halten.“

Kämmerling: Hochwasserschutz jetzt umsetzen – Niedersachsen braucht Bauaufträge statt Prüfaufträge

„Das Weihnachtshochwasser 2023 war eine der schwersten Naturkatastrophen, die Niedersachsen je erlebt hat. Unsere Deiche sind vielerorts an ihre Grenzen gekommen – das darf sich nicht wiederholen“, erklärt die umweltpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Verena Kämmerling. Nur durch den „unermüdlichen Einsatz zehntausender Helferinnen und Helfer“ sei Schlimmeres verhindert worden. „Ihnen gilt unser Dank – aber Dank allein reicht nicht. Es ist Zeit, dass die Landesregierung handelt.“ Um Niedersachsen besser zu schützen, hat die CDU ein Aktionsprogramm für den Hochwasserschutz vorgelegt. „Wir fordern ein Investitionsprogramm von 60 Millionen Euro jährlich über zehn Jahre, um Deiche zu ertüchtigen, Rückhaltebecken auszubauen und den Schutz von Menschen, Infrastruktur und Eigentum konsequent zu priorisieren“, so Kämmerling. „Die Zeit der Prüfaufträge ist vorbei

– Niedersachsen braucht Bauaufträge.“ Das Programm sieht vor, Planungs- und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen, Bürokratie abzubauen und Hochwasserschutz rechtlich zu priorisieren. Kämmerling kritisiert, dass das Antragsverfahren für Soforthilfen nach dem Hochwasser „so kompliziert ist, dass bis heute, fast zwei Jahre später, nicht alle Mittel abgeflossen sind“. Statt endloser Prüfungen brauche es entschlossenes Handeln: „Wir müssen Deiche erhöhen, sanieren und rückverlegen, wo nötig. Wir müssen Bäume und grabende Tiere fernhalten und die hydraulische Leistungsfähigkeit unserer Gewässer verbessern.“ Auch beim Verhältnis von Natur- und Bevölkerungsschutz fordert Kämmerling ein Umdenken: „Man betrachtet Hochwasserschutz noch immer durch die Brille des Naturschutzrechts – statt ihn als eigenständige Maßnahme für Mensch



und Natur zu begreifen.“ Deichbau und -sanierung

sollen von der Ausgleichspflicht befreit und in Planfeststellungsverfahren vorrangig behandelt werden. „Ein Deichbruch zerstört Biotope genauso wie Häuser und Straßen – echter Hochwasserschutz ist auch Naturschutz“, so die CDU-Abgeordnete. Kämmerling abschließend: „Das nächste Hochwasser kann morgen kommen. Wir müssen jetzt handeln, bevor Niedersachsen erneut vor überfluteten Häusern und zerstörten Existenzen steht. Unser Ziel ist klar: Der Schutz der Menschen hat Vorrang – vor Naturschutzrecht, Bürokratie und politischer Untätigkeit.“

Der Monat in Bildern



**Besuch Amtsgericht
Diepholz mit Christian
Calderone MdL**



**Mitgliederversammlung des CDU
Stadtverbandes Diepholz**



**Kreiskönigstreffen in
Schwaförden**



Kreistagssitzung in Twistringen

Der Monat in Bildern



Herbstmarkt in Rehden



Nominierung des
CDU/FDP
Bürgermeisterkandidaten
Florian Marré



Ehemaligenabend der
CDU-Landtagsfraktion



EMO Messe mit dem
Arbeitskreis Wirtschaft



Besuch an der Christian-
Hülsmeier-Schule in Barnstorf



Austausch mit der Eleganz
Bildungsplattform aus Diepholz